Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1919

10.2.1919 (No. 41)

Visual Library

Bezugspreise: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierteljährlich 4.05 Mk., monatlich 1.35 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatl. 1.20 Mk. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährl. 4.17 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Anzeigen: die achtgespalt. Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pf., Reklamen 1 Mk. an erst. Stelle 1.20 Mk. Auf diese Preise 30% Teuerungszuschlag. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen früh. bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Chefredakteur: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für Baden, Lokales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Hessemer; für Inserate: Paul Kußmann. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Tel.-Uhland 2002. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. — Montag, den 10. Februar 1919 — Nr. 41.

Die neuen Kriegssteuern.

(Vgl. Nr. 36 „Karlsr. Tgbl." v. Mittwoch, d. 5. Febr.)

II.

Nun zu den Steuern selbst, soweit sie bis heute bekannt sind. Wir sagten bereits, daß die Besteuerung des im Kriege entstandenen Vermögenszuwachses nach wenigen Monaten in einer großen Reihe von Betrieben praktischen Erfolg nicht haben wird. Der Kriegsgewinn hat sich infolge des Auslaufens der Revolution in eine Lohn- und Gehaltsbewegung vielfach verflüchtet. Aber abgesehen davon, berücksichtigt die beabsichtigte Steuer in keiner Weise die enorme Geldentwertung, die in den Jahren seit Kriegsbeginn eingetreten ist. Es kann ganz abgesehen werden von Rentenvermögen, die für die Volkswirtschaft als solche nicht die ausschlaggebende Rolle spielen, wenngleich auch hier, oder vielleicht gerade hier, die Geldentwertung für den einzelnen am stärksten ins Gewicht fallen kann. Man betrachte sich aber die gewerblichen Unternehmungen. Ein Landwirt, Kaufmann oder Industrieller, der früher mit 100 000 M Betriebskapital sein Unternehmen ertragsfähig gestalten konnte, gebraucht heute mindestens den dreifachen Betrag. Sein Betriebskapital wird ihm durch die Vermögenszuwachssteuer im wesentlichen genommen werden, sofern er nicht in der Lage ist, durch anderweite Sicherheiten den Steuerfiskus zu befriedigen. Wer soll ihm helfen? Woher soll er das Geld zum Betriebe nehmen? Rohstoffe hat er nicht, kann er nicht beschaffen. Mag daher der Gedanke, daß im Kriege keiner reicher geworden sein soll, als er vor dem Kriege war, auch noch so gerecht sein, und er wird von uns durchaus geteilt, nachträglich wirklich gerecht und vollständig durchgeführt, muß er zum Zusammenbruch vieler Wirtschaften führen, wobei die Steuerschieber gerade frei auslaufen. Viele Betriebe haben im Kriege auf direkte Anordnung der Regierung neu gebaut. Was ist hierbei Kriegsgewinn? Die Neubauten stehen leer, die Maschinen laufen nicht. Ein Rattenkönig von Prozessen wird die Folge sein, da niemand zu entscheiden vermag, was Kriegsgewinn ist und was nicht. Die Lager, die bei Kriegsbeginn vorhanden waren und zum Teil mit Gewinn realisiert wurden, müssen ergänzt werden. Selbst ein erheblicher Gewinn würde bei den heutigen Preisen nicht ausreichen, den alten Bestand wieder herzustellen. Die Wegnahme der Gewinne macht dies überhaupt unmöglich. Die Valutenverschlechterung muß in irgend einer Weise berücksichtigt werden, zum mindesten bei einem wirtschaftlichen Unternehmen; denn können wir diese nicht wieder in Gang bringen, brauchen wir den Versuch zum Wiederaufbau unseres Staatenlebens gar nicht zu machen.

Bei Privatpersonen sollen Anschaffungen jeder Art, soweit sie insgesamt 10 000 M übersteigen, versteuert werden. Glaubt der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamtes wirklich, daß er dadurch etwas erreichen wird? Es ist gewiß begreiflich, wenn man große Verschiebungen von barem Gelde oder große Käufe von Schmucksachen, Edelsteinen usw., Sammlungen und Kunstwerken erfassen will. Das muß geschehen, das verlangt jeder billig denkende Mensch. Durch obige Vorschrift aber wird weiter nichts erreicht, als falsche Steuerdeklaration. Es mutet geradezu an, als ob im Reichsschatzamt völlige Weltfremdheit herrsche. Im allgemeinen pflegt der gewöhnliche Erdenbürger keine Bücher zu führen. Gerade jene Steuerträger, die diese Bestimmung treffen soll, werden in der Regel nicht in der Lage sein, nachträglich nach fünf Jahren festzustellen, was sie in diesen Jahren angeschafft haben. Durch solche Kleinlichkeiten wird man nichts erreichen. Ein praktisches Beispiel sagt sogleich, daß der Gedanke nicht durchführbar ist. Im Frühjahr 1914 hat jemand geheiratet. Seine Frau hat damals eine Wohnungseinrichtung für 20 000 M mitgebracht. Aus den laufenden Einkünften der nächsten fünf Jahre, nachdem die Familie sich vermehrt hat, ist diese Wohnungseinrichtung infolge der enormen Preise in den Kriegsjahren um vielleicht 20 000 M vermehrt. Heute besitzt die Familie lediglich diese Einrichtung und soll nun 2500 M Abgabe zahlen. Das Reich muß demnach Möbel übernehmen. Genau so ungerecht ist die Bestimmung, die sich mit der Versteuerung von Versicherungen befaßt. Gewiß, soweit im Jahre 1918 Versicherungsverschiebungen, die jedermann bekannt sind, vorgekommen sind, kann man eine prophylaktische Bestimmung für durchaus angebracht erachten. Was soll aber der machen, der seit Anfang 1914 seine ganzen Einkommenüberschüsse im Interesse seiner Familie in einer Versicherung angelegt hat, die er bisher mit dem Rückkaufswert zur Ergänzungssteuer ordnungsgemäß angab. Der Rückkaufswert einer Police stellt im besten Fall den dritten Teil der eingezahlten Prämie dar. Hat jemand in 5 Jahren also insgesamt 100 000 M an Prämien gezahlt, so beträgt sein Kriegsgewinn rund 65 000 M, obwohl er tatsächlich nicht einen Pfennig baren Geldes zu besitzen braucht. Er muß von diesem angeblichen Kriegsgewinn 30 500 M Kriegsabgaben zahlen, das Reichsschatzamt verlangt also eine Kriegsabgabe fast in der vollen Höhe des Rückkaufswertes der Police. Woher soll der Mann das Geld nehmen? Und tut er nicht klüger, die Police sofort von der Versicherungsgesellschaft zurückzukaufen und damit den ganzen Vertrag zu beseitigen? Denn dann rettet er sich wenigstens die 35 000 M Rückkaufswert und hat keinen Vermögenszuwachs. Kann das ernstlich die Absicht des Reichsschatzamtes sein? Ein anderes generelles Beispiel für die Lückenhaftigkeit der Steuer. Jemand besaß vor dem Kriege 200 000 M Vermögen. Er hat im Kriege 1 600 000 M erspart, besitzt also jetzt 1.800 000 M, und zwar hat er eine Million in Effekten, 200 000 M in barem Gelde, 400 000 M in einem Hause und 200 000 M in einer Mobiliareinrichtung angelegt. Er hat also zund gerechnet 1 400 000 M Kriegsgewinnsteuer zu zahlen, muß demnach Wertpapiere und bares Geld hergeben und die Villa mit einer Hypothek belasten; er behält seine Wohnungseinrichtung, mit der er nichts anfangen kann. Wenn er aber klug ist, verkauft er Villa und Wohnungseinrichtung. Dann besitzt er noch 1 210 000 M, zahlt rund 850 000 M Steuern und behält 350 000 M in Wertpapieren und barem Gelde, von denen er dann wenigstens leben kann. Solcher Fälle lassen sich ungezählte konstruieren.

So wie sie geplant sind, können die Gesetze nicht bleiben. Werden sie nicht geändert und den praktischen Verhältnissen angepaßt, so wird nicht die Steuermoral gefördert, sondern im Gegenteil alles getan, um der Steuerhinterziehung, die in den wenigsten Fällen nachzuprüfen ist, Tür und Tor zu öffnen. Die wichtigste Aufgabe der Regierung einschließlich des Reichsschatzamtes ist, die arbeitenden Unternehmungen jeder Art nach diesem Zusammenbruch so zu stellen, daß sie auch arbeiten können. Die großen Fehler der alten Regierung auf diesem Gebiete können auf dem geplanten Steuerwege nicht wieder gut gemacht werden. Soweit dies praktisch durchführbar ist, sollen und müssen die Kriegsgewinne erfaßt werden. Soweit dies aus praktischen Gründen nicht geschehen kann, muß im Wege einer starken Vermögensbesteuerung und einer noch stärkeren Heranziehung des Einkommens in den nächsten 20 Jahren der Ausgleich geschaffen werden. Daneben muß endlich, und das ist die höchste Zeit, eine gesunde Erbschaftssteuer treten, die jedes Erbe erfaßt, und zwar in einer Weise, daß in einigen Jahrzehnten eine einigermaßen gesunde Finanzbasis wieder geschaffen ist. Deklariert jemand bei Lebzeiten Einkommen oder Vermögen absichtlich oder grobfahrlässig falsch, so kann dem dadurch entgegengewirkt werden, daß das Vermögen bei Lebzeiten und auch noch nach dem Tode dem Staate verfällt. Eine kombinierte Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer läßt auch viele der Experimente auf dem Gebiete der Vergesellschaftung der Unternehmungen überflüssig erscheinen, da durch eine stark ausgebaute Erbschaftssteuer der Staat ohnehin im Laufe der Jahrzehnte Besitzer des wesentlichsten Teils des Nationalvermögens werden kann. Dann bleibt auch Zeit, die Bevölkerung zur Steuermoral zu erziehen, dann können Unternehmungen ruhig weiter arbeiten, dann können auch in Ruhe die großen, unbedingt erforderlichen staatlichen Einrichtungen zur Verwaltung des durch die Steuern entstehenden Staats- und Reichsvermögens gebildet werden. Niemand wird sich gegen vernünftige Vermögens- und Erbschaftssteuern oder eine einmalige vernünftige und der Praxis Rechnung tragende Vermögensabgabe sträuben. Die geplante Kriegsgewinnabgabe ist so, wie sie gedacht ist, lediglich eine Konzession an die Oeffentlichkeit und bleibt praktisch ohne ausreichendes Resultat. Sie führt aber zur Lahmlegung von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, da sie technisch undurchführbar bleibt.

Die Nationalversammlung sollte sich überlegen, ob sie nicht durch systematischen Ausbau eines gesunden Einkommenvermögens- und Erbschaftssteuersystems, selbstverständlich auch unter Heranziehung unberechtigter Kriegsgewinne, endlich einmal im Deutschen Reiche gründliche Steuerarbeit leisten sollte. Daneben wird notwendig sein, eine große Reichsverwaltung zur Verwaltung aller der dem Reiche zuströmenden verschiedenartigen Wertobjekte zu bilden. An die Spitze dieser Stelle setze man einen weitblickenden Mann mit einem sachverständigen Direktorium, damit erreicht wird, daß diese für uns alle lebenswichtige Verwaltung auch wirklich im Interesse des Reiches geschäftsmäßig und nicht bureaukratisch gehandhabt wird. Man scheue nicht die Kosten für den Leiter dieses enormen Apparates, denn er wird sich bezahlt machen. Durch ihn wird das Reich Einfluß in allen möglichen Betrieben des deutschen Wirtschaftslebens nehmen müssen. Er muß daher das deutsche Wirtschaftsleben kennen und nicht als Bureaukrat groß geworden sein. Wenn er Verständnis für die neuen Ideen hat, wird er in vielen Fällen der Mittelmann für den Einfluß der Allgemeinheit auf jene Unternehmungen und dergleichen sein, die man mit Recht in sozialistischer Hinsicht umgestalten will und muß.

Weimar.

Die Reichsverfassung.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Berlin**, 10. Febr. Der Volksbeauftragte Ebert äußerte sich einem Vertreter des „Berl. Tagebl." über die endgültige Reichsverfassung: Der Entwurf, der der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, wird in diesen Tagen einer letzten Besprechung mit den Bundesstaaten unterzogen, damit der verfassunggebenden Nationalversammlung eine möglichst einheitliche Arbeit vorgelegt werden kann. Daß sich bei diesen Beratungen Schwierigkeiten zeigen, ist selbstverständlich. Ebert ist aber fest überzeugt, daß durch beiderseitiges Entgegenkommen ein für beide Teile dankbarer und erfreulicher Weg zu finden sei. Das Reich kann und wird die Einzelstaaten nicht vergewaltigen; es wird vielmehr die durch das alte Regime erschütterte Freude auch im Frieden stärken. Die Neubildung der demokratischen Grundlage wird die Lösung all der schwelenden Fragen erleichtern. Was an Reservatrechten den Bundesstaaten verbleibt, wird in absoluter Lebensnotwendigkeit weiter bestehen müssen. In allen den bisherigen Verhandlungen sei gerade von süddeutscher Seite das Bekenntnis zum Reiche am allerdeutlichsten zum Ausdruck gekommen.

Die „Voss. Ztg." meldet: In dem Kampfe um die Reichsverfassung scheinen die Vertreter der einzelnen Staaten einen Sieg erfochten zu haben. Es handelt sich im wesentlichen um die Bestimmung des Paragraph 4 des Entwurfes, dessen erster Absatz in der Vorlage lautet: „Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der freien Staaten nur mit ihrer Zustimmung verändert werden." Wie aus den Fraktionssitzungen verlautet, haben sowohl die Rechtsparteien, das Zentrum und die Deutsche Demokratische Partei — zum Teil freilich nicht ohne lebhaften Widerspruch in ihren alten Reihen zu finden — den Verzicht auch auf den ersten Satz des Paragraphen 4 beschlossen. Auch die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion stehe noch nicht fest, man nehme aber an, daß auch sie nachgeben werde, so daß die verhältnismäßig glatte Verabschiedung der gesamten Vorlage ermöglicht wird.

Die Präsidentenfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 10. Febr. In den Kreisen der Mehrheitsparteien beabsichtigt man eine gemeinsame Kundgebung der Nationalversammlung an das In- und Ausland, in der die wichtigsten und brennendsten Fragen der auswärtigen Politik programmatisch behandelt werden sollen. Inzwischen werden die Besprechungen zwischen den Fraktionsführern und in den Fraktionen über die Vorbereitung der Plenarverhandlungen eifrig fortgesetzt. Es handelt sich vor allem um die Beseitigung der Differenzen innerhalb der Nationalversammlung und innerhalb der Ministerkonferenzen der Einzelstaaten über die künftige Verfassung. Die süddeutschen Bundesstaaten pochen vor allem, den föderativen Charakter des Reiches in der neuen Verfassung des Reichs fest zu verankern. Die interfraktionellen Besprechungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Sozialdemokraten glauben, aus demokratischen Gründen auf die Stelle des Präsidenten in einem demokratischen Parlament nicht verzichten zu können. Da aber die bürgerlichen Parteien darauf bestehen, daß entweder der Präsidentenposten der Nationalversammlung oder das Amt des Ministerpräsidenten den bürgerlichen Parteien zufalle, wird wie die „Germania" zu wissen glaubt, der Sozialdemokrat Dr. David auf seinem Posten als Präsident der Nationalversammlung bleiben. Der Posten des Ministerpräsidenten soll dem Zentrum zufallen. In diesem Falle hat sich die Fraktion für die Annahme entschieden. Der Posten des Vizepräsidenten soll den Demokraten zufallen, wahrscheinlich werden diese hierfür den früheren Vizepräsident v. Paver präsentieren.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hat auch der gestrige Sonntag noch keine Klärung in der Frage der drei Präsidentenstellen (der Nationalversammlung, des Reiches und des Reichsministeriums) gebracht. Es steht durchaus noch nicht fest, ob die Sozialdemokraten überhaupt eine dieser Präsidentenstellen abgeben werden. Die endgültige Entscheidung wird erst in einer für Montag anberaumten Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten fallen.

Die jüngeren Mitglieder der demokratischen Fraktion haben ihren grundsätzlichen Standpunkt durchgesetzt, daß erst der Ministerpräsident bestimmt wird und dieser sich dann seine Mitarbeiter in den Parteien wählen soll.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung.

Wie wir in der Sonntagsnummer bereits mitgeteilt haben, soll die neue Kreditvorlage noch im Laufe dieser Woche verabschiedet werden. Unmittelbar nach Erledigung des provisorischen Verfassungsgesetzes wird der Volksbeauftragte Scheidemann den Rechenschaftsbericht der Regierung vortragen und in diesem Zusammenhang auf die aktuellen Fragen der auswärtigen Politik eingehen. Bei der 25 Milliardenvorlage handelt es sich nicht restlos um eine neue Forderung, vielmehr sind 15 Milliarden bereits vom alten Reichstage erledigt worden, wovon ein erheblicher Teil bereits ausgegeben worden ist. Zu den 25 Milliarden kommen noch 300 Millionen hinzu, die zur Deckung des laufenden Bauunkostenfonds bestimmt sind.

Die Friedensfrage.

Weitere rücksichtslose Ausnutzung der Lebensmittelnot in Deutschland durch die Alliierten.

Berlin, 9. Febr. Das Abkommen mit den alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spaa nach dreitägiger Verhandlung unterzeichnet worden. Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Trier getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender: Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorsorge treffen, daß sofort rund 30 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Menge ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt.

Im unmittelbarem Anschluß an diese Lieferung wollen die Alliierten in Aussicht nehmen, 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird. Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf ist von der deutschen Regierung für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fett und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner eine Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Die Erfüllung des Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen.

Es ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Regelung keine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittel besteht.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Die Frage der Erneuerung des Waffenstillstands.

Paris, 8. Febr. Im Obersten Kriegsrat gaben Fochs militärische Sachverständige ihre Ansicht ab über die Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes, u. a. über die Notwendigkeit, die Demobilmachung in Deutschland und die Warenerzeugung der deutschen Kriegsindustrie, vor allem der Essener Werke, zu überwachen. Andrerseits wird der Oberste Kriegsrat die Truppenstärken festsetzen, die von jeder alliierten Armee auf dem Kriegsfuße zu erhalten sein werden. Man hofft, daß die Sitzung am 8. Februar die Tagesordnung erledigen wird.

Es ist noch nicht bekannt, ob an Stelle Wilsons ein anderer amerikanischer Bevollmächtigter ernannt werden wird. In Abwesenheit Lloyd Georges wird Lord Milner neben Balfour im Ausschuß der 10-Großmächtevertreter sitzen. Am 10. Februar wird ein Ausschuß der Konferenz die Persönlichkeiten hören, welche die Forderungen des Hedschas überbringen, nämlich Scheikri Ganam und Dr. Bliß.

Neben den Vertretern der Großmächte fördert auch der Ausschuß des Völkerbundes seine Arbeiten rüstig, damit Wilson, nach Annahme des Entwurfes, nach den Vereinigten Staaten zurückkehren kann. 12 von den ursprünglich 22 Artikeln hat der Kongreß schon beraten.

Vergewaltigung des Waffenstillstandsvertrages in der Kostenfrage für die Besatzungstruppen.

Berlin, 8. Febr. Zum augenblicklichen Stande der Verhandlungen über die Kosten, welche die Entente für den Unterhalt ihrer Besatzungstruppen von Deutschland verlangt, erfahren wir: Die Entente hatte eine Aufstellung der Kosten an die deutsche Waffenstillstandskommission gelangen lassen, welche sie von Deutschland für den gesamten Unterhalt und die Aufrechterhaltung ihrer Besatzungsarmeen verlangt. Der deutsche Standpunkt wird in einer in Spaa überreichten Note etwa folgendermaßen vertreten: Der zwischen Deutschland und den Alliierten am 11. November 1918 abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag ist kein rein militärischer Vertrag, sondern ein Vertrag zur Vorbereitung und Sicherung des Friedenszustandes. Die im Artikel 5 vorgesehene Besetzung der deutschen Gebiete ist zwar eine militärische, aber keine kriegerische. Sie dient nicht der Sicherung des Kriegszweckes, sondern der des Friedens. Die Besetzung der linksrheinischen Gebiete ist ausdrücklich auf die wichtigsten Rheinübergänge und die strategischen Punkte beschränkt worden. Eine kriegerische Besetzung hätte eine solche Beschränkung nicht gestattet. Die deutsche Regierung hält sich nach wie vor für nicht verpflichtet, die Kosten solcher Maßnahmen zu tragen, die mit dem tatsächlichen Charakter der Besetzung nicht im Einklang stehen. Die nach der Lage der Dinge völkerrechtlich unangreifbare deutsche Auffassung ist in der Sitzung vom 5. Februar durch die Alliierten abgelehnt worden. Die Entente steht auf den Standpunkt, daß es sich um eine kriegerische Besetzung handelt. Die Alliierten bestehen darauf, daß sämtliche Kosten für Unterhalt und Aufrechterhaltung des Kriegsbestandes der alliierten Besatzungsarmeen der deutschen Regierung zur Last fallen.

Der polnische Aufstand.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

II.

Polnische Greueltaten.

Bromberg, 3. Febr.

Die Polen haben sich mit einem Hilferuf an die Entente gewandt und sich über angebliche deutsche Grausamkeiten beklagt. Es seien demgegenüber mit Namensnennung als Beispiele, wer wirklich die Schuldigen sind, ein paar Fälle zusammengestellt, die auf eidlichen Aussagen beruhen oder nur von den Nächstbeteiligten unter Garantie der Wahrheit mitgeteilt wurden: Der Musketier Max Bendikt sagt unter Eid aus, daß er vom Lazarett in Schubin mit dem Fernrohr beobachtet hat, wie vier im Gefecht bei Schubin gefangene deutsche Matrosen und ein deutscher Artillerist am Kameruner Waldrand vollständig ausgezogen, mit Kolbenschlägen nieder gehauen und dann erschossen wurden. Der Ackerbürger Wegner hat die fünf Leichen mit zertrümmerten Schädeldecken vom Waldrand später abgeholt um sie zu begraben.

Aus eidlichen Aussagen des verwundeten Landwehrmannes Taddey: Auf der Verbandstelle hörte ich, da ich fließend polnisch spreche, wie sich die polnischen Soldaten unterhielten. Sie sagten: Gefangene machen wir nicht, wir schlagen die Deutschen alle tot, sie müssen alle hin werden, damit wir unser Land von den Deutschen rein bekommen. Ferner erklärte Taddey: Am 22. Januar wurde Leutnant Rogalla mit eingeschlagenem Schädel und Kopfschuß im Schubiner Krankenhaus eingeliefert. Nach fünf Stunden ist der Leutnant gestorben. Ein polnischer Matrose brüstete sich damit, daß er den Offizier erschlagen habe. Dazu ist zu bemerken, daß Leutnant Rogalla als Parlamentär zu den Polen gekommen war. Der am 1. Februar in Bromberger Blättern erschienene Nachruf des 3. pommerschen Infanterieregiments hat den erschütternden Wortlaut: „Im Kampfe gegen polnische Horden wurde am 22. Januar 1919 der Leutnant der Reserve Fritz Rogalla heimtückisch erschlagen, als er ohne Waffen als Parlamentär mit den Polen verhandelte. Er war ein pflichtgetreuer, keine Mühen und Gefahren scheuender Offizier, der in seinem Kameradenkreise durch sein bescheidenes Auftreten gern gesehen war..."

Dies sind von den vielen sozusagen „militärischen Fällen" wenige Beispiele. Die Mißhandlungen deutscher Ansiedler, Bürger, Bauern zählen nach vielen Hunderten. Bei der Einnahme von Schubin wurden die Kaufleute Nasset und Schauer nach Posen verschleppt, der Laden des Uhrmachers Mareske wurde ausgeplündert. Der Gutsbesitzer Stoßberg bei Bromberg beging Selbstmord, weil

er nicht mehr mit ansehen konnte, wie seine Frau und Tochter von den Polen gequält wurden. Als er die Vergewaltigung der unglücklichen Frauen befürchtete, gelang es ihm, seinen Schreibtisch zu erreichen, mit dem dort liegenden Revolver erschoß er sich.

Dem Gutsbesitzer Wächter auf Labischinek bei Gnesen wurden 13 Pferde von polnischen Banden geraubt. Als er nach Gnesen kam, um sein Eigentum zu retten, wurde er ins Gefängnis geworfen. Der Landwirt Fürwahr aus Karlshof bei Gnesen wurde unter Mißhandlungen verschleppt und ins Gefängnis von Gnesen geworfen. Zwei Mann mit aufgepflanztem Seitengewehr schleppten ihn tagsüber auf das Gut, wo er im Interesse der Polen, die dazu nicht fähig sind, Anordnungen treffen muß, am Abend bringt man ihn in das Gefängnis zurück. Rittmeister Hempel sitzt im Gefängnis zu Hohensalza. Der Landrat, der Bürgermeister, der Pastor von Schubin sind nach Posen verschleppt und dort in Haft. Die Liste ließe sich beliebig vermehren. Die Erschießungen im Kernwerk von Posen, die mit dem zynischen Freispruch der Mörder endeten, sind bekannt. Alle diese Einzelheiten zeigen, wohin dieser Aufstand der Polen führen wird. Die Polen wollen die Unmöglichkeit des Zusammenlebens zwischen Polen und Deutschen in der Grenzmark erreichen. Die wenigen besonnenen Polen, mit denen ich in diesen Tagen sprach, geben zu, daß der gemeinsame Feind, der Bolschewismus vor der Türe steht, geben zu, daß die alten Fragen der Ostmark nicht mit Raub und Mord gelöst werden können. Aber ihre Stimme verhallt, sie stehen zwischen Mißkennen, und wir leben in einer Zeit, in der die Vernunft garnichts gilt, die politische Hysterie alles. So werden die Fragen nur, aber nur von der Stärke unserer Freiwilligenverbände gelöst werden können.

Rolf Brandt.

Zum Kampfe gegen die Deutschen gezwungen.

Bromberg, 10. Febr. Wegen Hochverrats und Widerstands gegen die bewaffnete Macht hatten sich vor dem Kriegsgericht des Belagerungszustandes 11 Polen zu verantworten, die in den Kämpfen bei Grimbal und Hohengarten gefangen genommen wurden. Sie wurden insgesamt zu 145 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten behaupteten, mit Gewalt für das polnische Heer angeworben und zum Kampfe gegen die Deutschen gezwungen worden zu sein.

Treueprämien.

Bromberg, 10. Febr. Zur Bekämpfung der Polengefahr beschlossen die hiesigen Stadtverordneten für die Truppen, die die Polengefahr erfolgreich bekämpfen, eine Treueprämie von 800 000 Mark auszuwerfen.

*

Berlin, 10. Febr. Wer ohne Genehmigung des örtlich zuständigen Generalkommandos die Grenze des vom Aufstande betroffenen Teiles der Provinz Posen zu überschreiten versucht, setzt sich der Gefahr aus, in der militärischen Absperrungslinie festgehalten und zwangsweise zurückbefördert oder in ein Sammellager gebracht zu werden.

Internationaler Sozialistenkongreß.

Die territorialen Fragen.

Bern, 8. Febr. Zu Beginn der heutigen Morgensitzung der internationalen Sozialistenkonferenz gab in der Fortsetzung der Debatte über die territorialen Fragen Ramsay Macdonald (England) namens der britischen Delegation zu den territorialen Fragen Erklärungen ab, die England berühren. Der Redner faßte die Fragen in drei Punkten zusammen, 1. Nationalitäten-Fragen (Irland und Aegypten), 2. Kolonien, die sich noch nicht selbst verwalten können und 3. Besetzung strategisch wichtiger Punkte durch England. Was Irland betreffe, so habe die englische Arbeiterpartei stets für Homerule gekämpft und wird weiter dafür kämpfen. Das Streben nach Selbstverwaltung in Indien habe die englische Arbeiterpartei immer gefördert, wobei Macdonald die Erklärung abgab, daß sich die offizielle Arbeiterpartei jedenfalls auf dieser Linie bewege. Von Aegypten gilt dasselbe wie von Indien. In der Kolonialfrage stehe die englische Delegation auf demselben Standpunkt wie die interalliierte Sozialistenkonferenz vom Februar 1918, die sich dafür ausgesprochen habe, daß auf jeden Fall in allen Kolonien wirtschaftliche Gleichberechtigung zu gelten habe. Bei den für England strategisch wichtigen Punkten sprach der Redner nur von Cypern, das ebenfalls seine Selbstverwaltung erhalten müsse, nachdem es sich überdies als nicht wertvoll für England erwiesen habe. Im übrigen hätte der Grundsatz der allgemeinen Resolution der Konferenz über territoriale Fragen entsprechende Anwendung zu finden.

Huysmans (Belgien) stellte fest, daß zwischen Holland und Belgien keinerlei Konflikte beständen. Lediglich einige reaktionäre belgische Elemente verlangten die Angliederung eines Teils holländisch Zeelands und holländisch Limburgs an Belgien. Die belgischen Genossen im Ministerium hätten jedoch schon erklärt, daß sie aus dem Ministerium austreten würden, wenn diese Pläne verwirklicht würden. Wenn Luxemburg sich an Belgien anschließen wolle, so sei es willkommen. Will es selbständig bleiben, so wird es niemand hindern.

Wuolijoki (Finland) begründet eine Resolution, die die finische Selbständigkeit verlangt und Finland das Recht an der Murmanküste nach vorheriger Volksabstimmung zugesteht. Ueber die Zukunft der Alands-Inseln soll auch nach einem jetzt zu treffenden Uebereinkommen ebenfalls das Plebiszit entscheiden. Doch soll die Volksabstimmung, um eventuelle nationalistische Beeinflussung zu verhindern, erst nach mehreren Jahren erfolgen.

Grumbach (Elsaß) erklärt sich, um etwaigen Mißverständnissen über seine früheren Ausführungen vorzubeugen, als Anhänger der Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, betonte jedoch, daß die Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen selbst sich gegen das Plebiszit wenden werde. Elsaß-Lothringen halte die Frage bereits für entschieden wie der Beschluß der elsässischen Gewerkschaften beweise, die am 14. Januar den Anschluß an die französischen Gewerkschaften beschlossen hätten ohne den allgemeinen Frieden abzuwarten. Um jeden Konfliktsstoff aus der Welt zu schaffen, wünsche er, daß der Kongreß selbst erkläre, die jetzt klar erwiesene Haltung der elsässischen Bevölkerung sei bereits das Plebiszit im Sinne einer Wiedergutmachung des Unrechtes von 1871.

Der internationale Arbeiterschutz.

Bern, 8. Febr. Nathal Shannon (Irland) verlangt die Lösung der irischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes.

Müller (Deutschland) erklärt gegenüber dem Vorwurf, daß die deutschen Kolonien immer schlecht verwaltet wurden, daß die deutsche Sozialdemokratie immer gegen die Mißstände in der Verwaltung der Kolonien und besonders auch gegen die schlechte Behandlung der Eingeborenen protestiert habe. Jetzt, da das alte Regime gestürzt ist, müsse die deutsche Republik die Kolonien zurückerhalten, damit sie wirtschaftlich erstarken kann.

Am Schluß erklärt Mistral (Frankreich), daß niemand auf dem Kongreß das völlige Verschwinden der Türkei verlange, daß auch die englischen Genossen die Irländer in ihrem Bestreben nach Unabhängigkeit unterstützen. Sie unterstützten auch die Selbstverwaltungsbestrebungen in Indien und Aegypten. Somit habe niemand Grund zur Klage. Die Volksabstimmung werde auch in allen Ländern der ehemaligen habsburgischen Monarchie stattfinden müssen.

In der Nachmittagssitzung bringt im Auftrag der Kommission Henderson eine Resolution über internationale Arbeiterschutzgesetzgebung ein, in der es an den wichtigsten Stellen heißt, daß die kapitalistische Klasse durch Ausbeutung der Lohnarbeiter ihr Einkommen erhöhe und die Kraft der Arbeiter damit schwäche. Dieses Streben des Kapitalismus könne nur durch Aufhebung der kapitalistischen Produktion verhindert werden. Zudem müsse ein Ausgleich der Unterschiede des nationalen Arbeiterschutzes durch ein internationales Gesetz gegeben werden. Der internationale Sozialistenkongreß verlangt, daß die Gesellschaft der Nationen die Schaffung und Durchführung eines internationalen Arbeiterschutzes zu ihrer Aufgabe macht. Der Kongreß fordert u. a.:

1. Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
2. Jugendliche im Alter von 15—18 Jahren dürfen nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden.
3. Die Arbeitszeit für Arbeiterinnen darf an Samstagen 4 Stunden nicht überschreiten. Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht ist zu verbieten. Einführung der Mutterschaftsversicherung mit einer Mindestentschädigung in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes ist allen Staaten zur Pflicht zu machen. Für gleiche Arbeitszeit ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu gewähren.
4. Die Arbeitszeit darf für alle Arbeiter 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh ist gesetzlich zu verbieten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Der freie Samstag-Nachmittag ist in allen Ländern anzustreben.
5. Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewährleisten.
6. Zum Schutz der Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen ist die Arbeitsdauer in gesundheitsschädlichen Betrieben je nach dem Grade der Gefahr auf weniger als 8 Stunden festzusetzen.
7. Alle Gesetze und Regelungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind sinngemäß auf die Heimindustrie anzuwenden. Den Arbeitern ist in allen Ländern ein freies Koalitionsrecht zu gewähren.
8. Gesetze und Verordnungen (Gesindeordnung, Koalitionsverbot), welche einzelne Arbeitergruppen in eine Ausnahmestellung gegenüber anderen bringen oder ihnen das Recht der Koalition und die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen usw. und das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorenthalten, sind unzulässig und zu beseitigen.
9. Es ist eine Verordnung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staats wegen gegen Berufsunfälle zu versichern. Der Erlaß von Auswanderungsverboten ist unzulässig, der Erlaß genereller Einwanderungsverbote ebenso.

Die Konferenz wird unterbrochen. Für heute nacht ist eine Nachsitzung anberaumt, in der die Resolution über die territoriale Frage endgültig festgelegt werden soll.

Zur Friedensfrage.

Die Völkerbundkommission.

Paris, 10. Febr. Die Völkerbundkommission hielt am Samstag vormittag eine Sitzung ab, in der sich die gleiche Einmütigkeit zeigte wie in den vorhergegangenen Sitzungen. Bei Schluß der Zusammenkunft war fast die ganze Arbeit der ersten Lesung des Entwurfes erledigt. Es müssen nur noch einige Artikel geprüft werden. Eine gewisse Anzahl von Fragen wurde zur genaueren Fassung einem Redigierungsausschuß überwiesen. Einige angenommene Punkte werden erneut erörtert werden, bevor die Kommission der Konferenz berichtet.

Kiautschou.

Bern, 9. Febr. Wie der „Progrès de Lyon" aus Paris erfährt, will man dort wissen, daß der chinesischen Regierung seitens der japanischen Gesandtschaft in Peking vorgeschlagen wurde, die Frage von Kiautschou, die die übrigen Konferenzmächte nicht besonders interessiere, nicht auf der Friedenskonferenz zu erledigen, sondern sie lediglich zwischen China und Japan direkt zu erledigen.

Belgische Uebergriffe.

Berlin, 8. Febr. Bei Abschluß des Waffenstillstandsvertrages lagen in belgischen Gewässern eine Anzahl Binnenfahrzeuge, die Privateigentum deutscher Reedereien sind. Diese Fahrzeuge, die nie zum Bestande der belgischen Wasserstraßen gehört haben, werden von den Belgiern zurückgehalten, ohne daß der Waffenstillstandsvertrag hierfür eine rechtliche Unterlage bietet. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa ersuchte um die sofortige Freigabe dieser Schiffe.

Für unsere Kriegsgefangenen.

Berlin, 10. Febr. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hatte gestern im Zirkus Busch und in der Börse zur Bekräftigung seiner Ziele Versammlungen veranstaltet, die durch ihren überaus starken Besuch zeigten, welchen Widerhall die Forderung: Heraus mit unseren Gefangenen! in den weitesten Schichten unserer Bevölkerung gefunden hat. Gleiche Versammlungen fanden in allen Teilen Deutschlands statt. In diesen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der es zum Schlusse heißt:

„Am 17. Februar wird der Waffenstillstand erneuert. Wir verlangen von unseren Unterhändlern, daß sie von unseren Gegnern eine sofortige und unzweifelhafte Erklärung darüber fordern:

1. Ob der Gegner bereit ist, unsere Gefangenen sofort herauszugeben.
2. Falls er darauf beharrt, daß erst die Friedensverhandlungen darüber entscheiden sollen, daß er bereit ist, sie sofort zu beginnen, und daß er bereit ist, die Herausgabe der Gefangenen sofort bei Beginn der Friedensverhandlungen zu bewirken."

Feindliche Zivilverwaltung im Rheinland.

Essen, 10. Febr. Die Engländer richten, in den von ihnen besetzten rheinischen Gebieten Zivilverwaltung ein.

Die französische Hetzpresse.

Paris, 8. Febr. Die gesamte Presse stellt fest, daß die Rede Eberts dem entspräche, was man nach der Haltung der deutschen Regierungskreise in den letzten Wochen vorausgesehen habe. „Petit Journal" hofft, daß der interalliierte Kriegsrat Ebert und seinen Bewunderern die berühmte kalte Douche verabreichen werde, die Bismarck so geliebt habe, um es auf diese Weise zu einer richtigeren Auffassung der Wirklichkeit zurückzuführen. „Petit Parisien" schreibt: Die Militärpartei ist nicht tot. Sie braucht eine Lektion. Der „Matin" schildert das deutsche Manöver und schließt: Die deutschen Erpressungen zielen auf einen Frieden ab, der Deutschland ganz Deutsch-Oesterreich gibt, ihm eine geringe Entschädigungssumme für seine verabscheuungswürdigen Verwüstungen auferlegt, ihm ferner eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen zubilligt und ihm die Polen ausliefert. Keine Erwägung vermag die französische Regierung dazu bewegen, sich auf ein so brutales Vorgehen einzulassen.

Die Bedeutung unserer schrecklichen Verluste zeichnen unsern Führern ihre Pflicht vor. — „Homme libre" weiß zu berichten, daß die Engländer eine Truppe von 900 000 auf dem Kontinent belassen werden, die Amerikaner 1 800 000 Mann. Dies zeige das Vergebliche aller etwaigen Absichten Deutschlands, sich wieder aufzuraffen.

Bern, 8. Febr. „La Victoire" wendet sich gegen jede Zerstückelung von Rußland, die nur dazu beitragen werde, in Zukunft Rußland mit Deutschland zusammenzuschweißen. Dadurch werde ein Block gebildet, der mit Japan zusammen von der Nordsee bis zum Stillen Ozean einer englischen oder amerikanischen Flottenblockade ruhig entgegensehen könne.

t. **Christiana**, 9. Febr. Die Zeitung „Verdensgang" beklagt im Leitartikel, ausgehend von der Havasmeldung, daß der alliierte oberste Kriegsrat alles einsetzen werde, um Deutschland seinen Wille aufzuzwingen, die Stimmung, die noch immer gegen Deutschland herrsche, weil man ihm kein Vertrauen entgegenbringe. Das Blatt fragt, wann dieses Vertrauen beginnen soll, ob erst nach Jahren oder Generationen. In Eberts Rede an die deutsche Nationalversammlung müsse man den Beginn ernster Ereignisse erblicken. Den Ton der Aufrichtigkeit und Verzweiflung, in dem sie gehalten sei, müßten alle verstehen. Es sei aber zu befürchten, daß diejenigen, die die Macht zu hören hätten, sie nicht verstehen wollten und das ganze als wachsende deutsche Anmaßung auslegen würden. Man müsse Ebert auch darin beistimmen, daß die Schuldfrage angesichts des unermeßlichen Elends der ganzen Welt verhältnismäßig gering erscheine. Die Alliierten sollten verstehen, daß die Grundsätze Wilsons nicht das Papier, auf dem sie geschrieben sind, wert seien, solange nicht der Geist der Versöhnung die Kriegsmoral überwunden habe.

Die deutsche Republik.

Die Finanzlage Sachsens nicht ungünstig.

(Drahtmeldung uns. Dresdener Korrespondenten.)

C. **Dresden**, 10. Febr. Die sächsische Regierung hat in einer Sitzung am Samstag die Mitteilungen über Sachsens schlechte Finanzlage zurückgewiesen. Die Staatsschuld erreiche nicht einmal den Wert der Staatseisenbahnen, deren Fehlbetrag eine vorübergehende Erscheinung sei. Die Angabe, der Etatsfehlbetrag erreiche eine Milliarde Mark, ist falsch, ebenso die Meldung, die Erwerbslosenfürsorge koste 225 Millionen.

Die Verhaftung des Bolschewisten Levien.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)

fr. **München**, 10. Febr. Am Samstag wurde im Ausschuß des Münchener A.-Rates über die Verhaftung des spartakistischen Führers Dr. Levien verhandelt. Der Ministerrat, besonders auch der Justizminister, hatten die Verantwortung für die Verhaftung abgelehnt und der Staatsanwaltschaft zugeschoben. Es wurde sodann ein Antrag angenommen, vom Staatsanwalt die Freigabe Leviens bis spätestens Sonntag mittag zu fordern, widrigenfalls die Arbeiterschaft zu einer großen Kundgebung aufgeboten werden sollte. Die Freigabe wurde vom Staatsanwalt mit dem Hinweise abgelehnt, daß das gerichtliche Verfahren seinen Gang nehmen müsse. Die angedrohte Kundgebung kam aber gleichwohl nicht zustande, vielmehr wurde beschlossen, auf Dienstag eine Vollsitzung der A.- und S.-Räte einzuberufen, die über eine Massenkundgebung am nächsten Sonntag, Aufhebung der politischen Paragraphen des Strafgesetzbuches, Immunität der A.- und S.-Räte und Aufrechterhaltung des Rätesystems beschließen wird.

Die Landtagswahlen in der Pfalz.

Es werden nun auch die Namen der bei den bayerischen Landtagswahlen in der Pfalz gewählten Abgeordneten amtlich bekannt gegeben. Darunter befinden sich für die Deutsche Demokratische Partei die ehemaligen Abgeordneten Bühler und Dr. Hammerschmidt. Neugewählt ist Dr. Raschig.

Elsaß-Lothringen und die Rheinpfalz.

Die Pariser „Humanité" meldet, daß unter Billigung der Regierung in Elsaß-Lothringen Volksversammlungen veranstaltet werden, die die Angliederung der Rheinpfalz an Elsaß-Lothringen als nationale Forderung der Elsässer vorbereiten. Allzusehr wird der größte und einflußreichste Teil der Pfälzer von dieser Meldung des Pariser Blattes nicht erbaut sein, denn sie haben erst kürzlich klar und deutlich in einer offiziellen Kundgebung dargelegt, daß sie deutsch sind und auch deutsch bleiben wollen.

Die Elsaß-Lothringer und die Nationalversammlung.

Die Stellung der Regierung zu der Frage, ob die im Auftrage des elsaß-lothringischen Hilfsbundes in Weimar anwesenden 12 elsaß-lothringischen Herren zur Nationalversammlung zugelassen werden können, ist folgende:

2000 im Reiche zerstreut lebende Elsaß-Lothringer haben diese 12 Herren nicht gewählt, sondern ernannt. Nach dem Wahlgesetz kommt ein Abgeordneter auf ungefähr 150 000 Wahlberechtigte. Es erscheint völlig unmöglich, die unzweifelhaft reine Demokratie der Nationalversammlung durch irgendwelche Zuziehung zu schwächen. Besondere Interessen vorzubringen und für sie zu sprechen, ist die Aufgabe der Erwählten des Volkes. Keine deutsche Regierung und ganz und gar nicht das deutsche Volk werden sich der Ehrenpflicht entziehen, gegen die Erdrosselung des Selbstbestimmungsrechtes der Elsaß-Lothringer feierliche Verwahrung einzulegen. Hier gibt es keine Bedenklichkeiten und keine Befürchtungen, sondern nur ein Gebot: Gerechtigkeit für alle.

Der Reichspräsident

wird voraussichtlich im Schloß Bellevue in Berlin Wohnung nehmen. Außer dem Schlosse Bellevue soll das Reichskanzlerpalais in Frage kommen. Außer einer festen Zuwendung sollen dem Reichspräsidenten mehrere Hunderttausend Mark zu Repräsentationszwecken gewährt werden, doch werde die gesamte Summe eine Million nicht erreichen.

Die Verhandlungen über die Mehrheitsbildung.

Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß die Verhandlungen der Parteien über eine Mehrheitsbildung noch nicht zu Ende geführt sind. Ein gemeinsames Aktionsprogramm ist noch nicht aufgestellt worden, doch gilt eine Mehrheitsbildung aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum als absolut sicher. Auch die Frage der Kabinettsbildung ist noch nicht endgültig geregelt. An der Verteilung der Sitze aus 7 Mehrheitssozialisten, 4 Demokraten und 4 Angehörigen der Zentrumspartei soll festgehalten werden, doch ist noch nicht sicher, welcher von diesen Parteien der Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes zugesichert werden soll. Es wird in parlamentarischen Kreisen bestimmt angenommen, daß, wie wir bereits früher angedeutet haben, die Leitung des Auswärtigen Amtes in den Händen des bisherigen Staatssekretärs Grafen Brockdorf-Rantzau bleibt. Als Kandidaten für das Reichskolonialamt werden sowohl Frhr. v. Rechenberg, als auch Dernburg genannt. Naturgemäß werden auch die Gesandtschaftsposten nach dem Stärkeverhältnis der drei Mehrheitsparteien verteilt.

Die Sozialisierungskommission.

Wie glaubhaft verlautet, hat die Sozialisierungskommission ihr Mandat der Regierung zur Verfügung gestellt.

Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen über die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, wonach diese unter Mitwirkung der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörperschaften vom Reiche selbst unternommen wird. Beim Reichsarbeitsamt wird ein Ausschuß für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge errichtet, der sich in zwei Abteilungen gliedert. In die Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge werden neben Vertretern der in jedem Bundesstaate zu errichtenden Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte mindestens je ein Vertreter solcher Vereinigungen der Kriegsbeschädigten berufen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben. Der Reichsausschuß hat hauptsächlich die Aufgabe, die Grundsätze zur Durchführung der Fürsorge aufzustellen. Den Hauptfürsorgestellen wird ein Beirat angegliedert, in welchem Vertreter der Kriegsbeschädigten, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie in der sozialen Fürsorge erfahrene Persönlichkeiten zu berufen sind. Der Beirat ist zugleich endgültige Beschwerdeinstanz der einzelnen Fürsorgestellen gegenüber Verfügungen der Hauptfürsorgestellen. Die Verordnung tritt, soweit es sich um organisatorische Maßnahmen handelt, mit dem Tage der Verkündung (8. Februar), im übrigen für jeden Bundesstaat mit einem von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Tage in Kraft. Damit ist dem berechtigten Wunsche der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen in weitem Umfange Rechnung getragen. In ihrer Hand liegt in entscheidendem Maße die Bestimmung, wie die Fürsorge geleistet und in welchem Geiste die Fürsorgegelder verwendet werden sollen.

Kein Reichssoldatenrat.

Der Volksbeauftragte Noske und Kriegsminister Reinhardt haben den Antrag der Berliner Konferenz der Korpssoldaten auf Bildung eines Reichssoldatenrates abgelehnt.

Aus den Parteien.

Der Demokratische Verein Heidelberg.

beriet am Freitag in einer Mitgliederversammlung die Vereinssatzungen nach einem Entwurf des Landgerichtsrates Elsässer, die auch angenommen wurden. Der Verein zählt jetzt nahezu 2000 Mitglieder. Die bereits gemeldeten Sonderbestrebungen hatten bisher nur geringen Erfolg. 70 Mitglieder sind zur Deutschen (liberalen) Volkspartei übergetreten. Dafür wächst der Mitgliederstand des Demokratischen Vereins beständig.

Deutsche Volkspartei.

Aus Weimar kommt die Nachricht, daß die Deutsche Volkspartei (Reste der früheren Nationalliberalen Partei) damit umgehe, diesen Namen zu ändern, da er den Führern nicht mehr zugkräftig genug erscheine. Man will die Partei deshalb „Liberale deutsche Volkspartei" nennen.

Aus der sozialdemokratischen Presse.

Kürzlich wurde gemeldet, daß in der Bodenseegegend Bestrebungen im Gange seien, in Konstanz ein sozialdemokratisches Blatt zu gründen. Vor einigen Tagen fand in Singen a. H. eine sozialdemokratische Wahlkreiskonferenz statt, in der diese Frage eingehend erörtert wurde. Dabei wurden zunächst grundlegende Arbeiten beschlossen.

Eichhorns Mandat.

Im Anschluß an unsere Mitteilung in der Sonntagsnummer sei berichtet, daß der flüchtige und steckbrieflich gesuchte „Polizeipräsident" Eichhorn seinen Platz in der Nationalversammlung nun doch beansprucht. Es wird nämlich behauptet, daß er durch seinen Rechtsanwalt die Annahme des Mandats ausgesprochen habe. Eine der ersten Handlungen der Nationalversammlung wird selbstverständlich sein, daß sie die Immunität ihrer Mitglieder verfassungsrechtlich sicherstellt und auf diese Immunität gestützt soll Eichhorn dann gewillt sein, seinen Sitz in Weimar einzunehmen. Inwieweit durch das Schreiben des Rechtsanwalts die gesetzlichen Formalitäten erfüllt sind, bleibt dem Bureau zur Prüfung vorbehalten.

Unter der vorläufigen badischen Regierung.

Beamtenschaft und Sozialdemokratie.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

In Nr. 28 des „Volksfreunds" vom 8. Februar d. J. befindet sich ein Aufruf zur Gründung einer Organisation sozialistischer Beamter, der von Beamten verschiedenster Kategorien unterzeichnet ist. Daran ist an und für sich nichts Auffallendes im jetzigen Volksstaat, der auch dem Beamten das lang entbehrte Recht voller Freiheit in der Betätigung der politischen Gesinnung — ohne Nachteil für sein Fortkommen — gegeben hat.

Aber die Begründung ist um so auffallender. Da heißt es u. a.: „Es sei nicht damit getan, daß sich die Beamten nicht an den Parteikarren der Bürgerlichen spannen lassen und ihre Metzger nicht selber wählen, sondern die Beamten müßten sich offen zur Sozialdemokratie bekennen, die einzig und allein ihr Wohl im Auge habe usw."

Wie die Sozialdemokratie das Wohl der Beamten im Auge hat, beweist folgende Mitteilung im „Nassauer Boten", Limburg a. L. Nr. 14 vom 18. Januar l. J.:

„Bramer, erhebt Protest!

Auf einer Beamtenversammlung, welche am Sonntag den 12. Januar in Köln stattfand, machte Rechnungsrat Wenz folgende aufsehenerregende Mitteilung:

Gelegentlich einer Aussprache im Ministerium in Berlin teilte ein Beauftragter des Vollzugsrates namens Strobel (nicht Ströbel) den dort erschienenen Beamten mit, daß man der gewerkschaftlichen Zusammenfassung des Beamtentums mit großem Mißtrauen gegenüberstände. Die unteren Beamten sollten sich lieber den Arbeiter-Gewerkschaften und die anderen (mittleren und oberen) den Organisationen der Bürobeamten anschließen.

Auf den Einwand der Beamtenvertreter, daß der Unterschied der Interessen zwischen den genannten Gruppen und den Beamten zu groß sei, erwiderte Strobel, die Rechte der Beamten auf Ruhegehalt, Hinterbliebenenfürsorge usw. würden bald der Vergangenheit angehören! Dieser Besprechung wohnten die Volksbeauftragten Ströbel und Hirsch bei, keiner von beiden erhob gegen die Erwiderung Strobels Einspruch!

Weiter ist eines der wertvollsten Rechte in Gefahr, die Unwiderruflichkeit der Anstellung."

Es wäre für alle Beamten zu erfahren interessant, wie sich die Gründer der neuen Organisation sozialistischer Beamter zu der Erklärung des Volksbeauftragten Strobel stellen und ob sie trotzdem ihre Metzger selber wählen wollen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus Baden.

- **Durlach**, 9. Febr. Die Volkswehr beschlagnahmte drei Körbe mit etwa 3½ Zentner Rindfleisch, das für Karlsruhe bestimmt war.

-**Heidelsheim** b. Bruchsal, 9. Febr. Eine Maschine fuhr, da der Uebergang nicht abgesperrt war, in eine das Gleis passierende Schafherde, wobei gegen 20 Schafe getötet wurden.

- **Hockenheim** b. Schwetzingen, 9. Febr. Der 64jährige Bahnarbeiter Josef Eichhorn stürzte von seiner Scheuer ab und erlag den erlittenen Verletzungen.

- **Heidelberg**, 9. Febr. Die Schlachthofdirektion teilt mit, daß die Schwarzschlachtungen auf dem Lande derart zugenommen haben, daß nicht mehr genügend Tiere für die Versorgung der Stadtbevölkerung aufgebracht werden können. Die Fleischration mußte deshalb herabgesetzt werden.

() **Weinheim**, 9. Febr. Auf dem hiesigen Marktplatze fand gestern nachmittag eine Massendemonstration zugunsten der Herausgabe der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen statt. Ein Mehrheitssozialist und ein Unabhängiger hielten Ansprachen vom Balkon des Rathauses an die zu Tausenden versammelte Menge. Eine Protestresolution wurde telegraphisch an die internationale sozialistische Konferenz in Bern gesandt.

- **Sulzbach** b. Mosbach, 9. Febr. Bei Grabarbeiten zum Bau einer neuen Schmiede wurde der 21jährige Otto Bindnagel verschüttet und getötet.

- **Achern**, 9. Febr. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden von der Gendarmerie zwei Eisenbahnwagen mit rund 6000 Liter Branntwein, einem Zentner Zucker, Schinken und Bohnen beschlagnahmt. Die beiden Wagen waren als Weinsendung und Umzugsgut deklariert.

-**Gengenbach**, 9. Febr. Eine hier abgehaltene Delegiertenversammlung der Vereinigung aktiver Unteroffiziere, zu der Vertreter sämtlicher Regimenter und Standorte des 14. A. K. erschienen waren, beschloß geeignete Vertreter in das Kriegsministerium zu entsenden, um dort auf die Erfüllung der gestellten Forderungen, die hauptsächlich die Zukunft der Unteroffiziere berühren, zu dringen.

- **Marbach** b. Villingen, 9. Febr. Beim Rodeln ist das 11jähr. Kind des Zimmermanns Schleyer tödlich verunglückt.

- **Konstanz**, 9. Febr. In Singen wurde eine Vereinigung oberbadischer Jäger gegründet mit dem Zwecke, die Interessen der deutschen Jäger im badischen Oberland zu wahren und weiterhin zum Schutze gegen das Ausländertum und des arg zerrütteten Wildstandes die nötigen Schritte zu unternehmen. Zum Vorstand wurde Oberförster Kaiser in Engen gewählt.

de. **Vom Schwarzwald**, 8. Febr. Bei nur wenigen Grad Kälte und stürmischem Nordwestwind herrschte gestern von früh bis nachmittags im mittleren Schwarzwald und in der Baar Schneegestöber, auf dem hohen Schwarzwald dagegen schwerer Schneesturm, der ganz gewaltige Schneemassen wolkenweise auf die Höhen warf und Schneewächten bis zu 3 Meter Höhe zusammenwehte. Gegen Abend trat aufklärendes Wetter bei geringem Nordostwind ein, das Thermometer fiel in der Gegend von Villingen rasch auf 10 Grad unter Null nach Reaumur und zeigte heute früh 5 Uhr dort 14 Grad Reaumur, also 19 Grad Celsius unter dem Nullpunkt. Wege und Stege sind verschneit. Allenthalben kommt das Wild zu den menschlichen Behausungen, da der festgefrorene Schnee es in den Wäldern am Aesen hindert.

Aus dem Stadtkreise.

Ein Sportsonntag ersten Ranges darf der gestrige Tag genannt werden. Nicht allzu häufig treffen so viele günstige Umstände zusammen, um das Herz des Wintersportfreundes in Wonne zu versetzen. Es herrschte nicht nur die nötige Kälte, es lag nicht nur die entsprechende Menge Schnee, nein, auch die Sonne setzte dem ganzen fröhlichen Treiben mit Rodel, Schnee- und Schlittschuh das blendendste Licht auf, daß es nur so glitzerte. So kam nicht nur der Freund des Sportes, sondern auch jener der Natur auf seine Rechnung. Die Sportplätze der näheren und weiteren Umgebung bis tief in den Schwarzwald hinein sahen Sportakteure und Zuschauer in Massen. Groß und klein gab sich dem selten zu genießenden Vergnügen hin, das so rote Wangen und einen so schwer zu dämpfenden Appetit erzeugt. Bis zum späten Abend konnte man das Sausen des Rodels und der Schlittschuhe vernehmen. Prachtvoll wie der Tag verlaufen war, ging er auch zur Neige. Die Sonne zeichnete glutrote Streifen hinter die scharfen Silhouetten der Schwarzwaldberge und sank dann mit feurigem Brand selbst hinab. Sie gewährte so das fesselndste winterliche Bild, das in seinen Details so mannigfaltig und reizvoll ist. Gehört doch eine mit Schnee überzuckerte und von der Sonne bestrahlte Schwarzwaldlandschaft zu den erhabensten Eindrücken. So barg wohl manche Brust, die sich in der reinen Winterluft voll Kraft und Jungtum sog, als der schöne Tag zu Ende ging, das stille Wort: Wie schön, wie wunderschön! Wer es noch nicht wußte, der mußte es gestern gestehen: Badnerland wie schön bist du!

Abgabe von Socken. In den einschlägigen Geschäften werden laut Anzeige, die der Bekleidungsstelle zugewiesenen Männersocken verkauft. Da es nicht möglich war, die Ausgabe dieser Socken durch Bezugsscheine zu regeln, hat man sich entschlossen, sie auf die Haushaltungsmarken A und B abzugeben. Zur Verteilung kommen insgesammt 43 000 Paar. Bemerkt sei noch, daß bei der Verteilung kein Unterschied gemacht werden konnte zwischen kleinen und großen Haushaltungen, weil dazu die Zahl der Socken nicht ausgereicht hätte.

Deutsch-demokratische Partei (Ortsverein Karlsruhe). Heute, Montag, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im großen Rathaussaal statt. Die Mitglieder des Deutsch-Demokratischen Vereins sind zu der öffentlichen Versammlung der Vereinigung technischer Vereine, in der Oberbaurat Dr. Fuchs und andere Herren über das Thema: „Die Stellung des Technikers in der öffentlichen Verwaltung", sprechen werden, eingeladen. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Städt. Konzerthaus. Die menschlich ergreifende Odyssee des unschuldig verurteilten Matthias Freudhofer ließ auch bei der neuerlichen Wiederaufnahme von Kizmals „Evangelimann" die Gemüter nicht ungerührt. Josef Schöffel gibt dem Matthias nicht nur den männlichen Impuls eines aufrechten und glücklich-unglücklichen Liebhabers, sondern er weiß auch mit beredter Schlichtheit den betrogenen und zerbrochenen, aus der Gesellschaft gestoßenen Greis zu charakterisieren. Der Sänger darf diese Gestalt stimmlich und darstellerisch zu seinen besten Partien zählen. Den Verbrecher aus verschmähter Liebe (Johannes) gestaltete Max Büttner zu einer Figur von Leben und Ueberzeugung. Edith Sajitz bereitete als Martha Freude und Genuß, weil man hier ernsthaftes Künstlertum am Werke sieht. Ihr Organ war von quellender Frische. Besonderen Eindruck machte sie mit der Wiedergabe ihrer Schlußszene, in der sie unter Verschmähung oberflächlicher Mimodramatik tiefstes innerliches Spiel und verstehende Musikalität offenbarte. Das Orchester spielte namentlich die pastoralen Teile recht weihevoll.

Trio-Abend. Es wird nochmals auf die Veranstaltung heute abend ½8 Uhr im Eintrachtsaal hingewiesen.

Lieder- und Arienabend. Mary von Ernst vom Landestheater wird unter Mitwirkung von Fräulein Martha Leyser (Klavier), den Herren Jul. Schwanzara (Cello) und Theod. Hachmeister (Flöte) am Mittwoch, den 12. Februar im Eintrachtsaale einen Lieder- und Arienabend veranstalten. Das ausgewählte Programm verspricht einen genußreichen Abend.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 8. Febr.: Karl Beyl aus Cleebronn, Kaufmann in Heidelberg, mit Josefa Albisser von Arth; Herm. Schill von Ettenheim, Bäcker und Konditor hier, mit Augustina Duß von Offenburg; Herm. Volz von Bietigheim, Kutscher hier, mit Anna Jung von hier; Wilh. Stäb von hier, Lackier hier, mit Theresia Hengu von Hiersingen; Oscar Lenz von hier, Schlosser hier, mit Marie Zimmermann von Durlach; Theodor Kistner von hier, Regierungsbeamter hier, mit Elisabetha Honikel von Eichelbronn; Johann Becker von Rot, Straßenbahnschaffner hier, mit Anna Riester von Rot; Gust. Forschner von Durlach, Koch hier, mit Friederike Bühler von Jaisersweier; Aug. Nagel von Linkenheim, Schuhmacher hier, mit Elisab. Aech von Metz.

Eheschließungen. 8. Febr.: Engelbert Hauser von Fischeln, Gutsbesitzer hier, mit Elisabetha Götz von Bonndorf; Karl Müch von Neukirchen, Steinhauer hier, mit Anna Fenchel Wwe. von hier; Lud. Heß von Landau, Polsterer und Dekorateur hier, mit Germanie Ghislain von Anzin; Lud. Wilke von Laasphe, Buchhändler hier, mit Bertha Rücker von Kehl; Robert Brecht von Plauen, Schlosser hier, mit Ida Jähn von Rotzsch; Albert Klonia von Graben, Landwirt allda, mit Frida Hauser von Linkenheim.

Geburten. 1. Febr.: Friedrich Wilhelm, Vater Jul. Schillinger, Pförtner. — 3. Febr.: Irmgard, Vater Gust. Grether, Maschinenarbeiter. — 4. Febr.: Günther Karl, Vater Alfred Trunzke, Dipl.-Ing.; Gertrud, Vater Karl Hutt, Schulmeister; Liselotte, Vater Ga. Keller, Dr. phil., Volkswirtschafter; Irma Marie, Vater Johannes Hohl, Rangierer. — 5. Febr.: Magdalena Maria Lydia, Vater Hch. Stopschinski, Friseur; Franz, Vater Albert Konstandin, Straßenbahnschaffner; Gertrud Kunigunde, Vater Gust. Rapp, Schlosser; Babette Paula Berta, Vater Aug. Hedel, Lademeister. — 6. Febr.: Karl Friedrich, Vater Gottlieb Hesselschwerdt, Taglöhner; Otto Karl Werner, Vater Anton Hofherr, Kesselschmied; Sophie Christine Paula, Vater Lambert Basten, San.-Feldwebel.

Letzte Nachrichten.

Isolde Beidler von Bülow †.

(Drahtmeldung uns. Münchener Korrespondenten.)

fr. **München**, 10. Febr. Nach längerem Leiden ist Frau Hofkapellmeister Isolde Beidler, geb. v. Bülow, die Tochter von Cosima Wagner, die in erster Ehe mit Hans v. Bülow verheiratet war, in München gestorben. Frau Beidlers Name ist viel genannt worden kurze Zeit vor dem Kriege, als sie gegen ihre Mutter auf Anerkennung als Tochter Richard Wagners klagte. Der Prozeß wurde seinerzeit nur in erster Instanz durchgeführt. In dieser abgewiesen, hat sich Frau Beidler mit dem Hause Wahnfried außergerichtlich auseinandergesetzt.

Ruhe in Bremen.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 10. Febr. In Bremen herrscht absolute Ruhe. Die Besetzung ist durchgeführt und schreitet vorwärts. In Bremerhaven wird genau wie in Bremen im Sinne der Regierung Ruhe und Ordnung gestiftet. Auch die Zustände in Hamburg schreiten ihrer Klärung entgegen; es steht zu erwarten, daß auch dort bald Ruhe und Ordnung geschaffen ist. Das ist im Hinblick der in Aussicht gestellten Lebensmitteltransporte der Entente sehr zu begrüßen.

Besetzung Bremerhavens.

Bremen, 10. Febr. Boesmanns Bureau meldet: Die Besetzung Bremerhavens ist kampflos in der Nacht zum 9. Februar durch die 2. Landes-Schützen-Brigade (Major Stobbe) durchgeführt worden. Widerstand wurde von keiner Stelle geleistet. Von den Angehörigen der Minensuchbootsflottille wurden 80 Mann festgesetzt. Auch der Führer des Soldatenrates Armgart ist festgenommen worden.

Besetzung des Bahnhofes von Geestemünde.

Bremen, 10. Febr. Boesmanns Telegr.-Bureau meldet: Der Bahnhof von Geestemünde wurde gestern um Mitternacht ohne Widerstand besetzt. Um 7 Uhr früh rückten die Truppen ein. Mit ihnen zusammen arbeitet die 3. Matrosen-Artillerie und sperrte die Stadt gegen Norden ab. Von Bremen aus war das Minensuchboot M 120 abgefahren. Die Marinebrigade legte sich vor die große Kanalschleuse, um die Abfahrt der dort liegenden Minensucher zu verhindern. Es wurden von letzteren etwa 100 Mannschaften festgesetzt, später aber wieder entlassen. Es herrscht völlige Ruhe.

Regierungstruppen in Erfurt.

Erfurt, 10. Febr. In der Nacht zum Sonntag sind die Regierungstruppen eingezogen, die die Jägerkaserne bezogen haben. Seit gestern früh sind die öffentlichen und andere wichtigen Gebäude und der Bahnhof von Regierungstruppen besetzt. In der Stadt ist nach wie vor alles ruhig.

Ein Aufruf des deutsch-baltischen Nationalausschusses.

Berlin, 9. Febr. Vom deutschbaltischen Nationalausschuß ergeht in letzter Stunde noch einmal der dringende und ernste Mahnruf an alle wehrfähigen Balten in Deutschland im Alter von 18 bis 42 Jahren ihre Sonderinteressen beiseite zu setzen und sich ungesäumt bei der deutschbaltischen Landwehr in Libau zu melden. Es gilt die Verteidigung des letzten strategisch und politisch hochwichtigen Punktes baltischer Erde.

Soldatenkrawalle in London.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Amsterdam**, 10. Febr. In London fanden in diesen Tagen Soldatenkrawalle statt. Das Pressebüro des Kriegsministeriums meldet darüber, daß an ihnen etwa 11 000 Soldaten und Urlauber teilnahmen, die sich infolge ihrer Dienstentlassung in London aufhielten. Die Soldaten konnten infolge des Ausstandes der Arbeiter der Untergrundbahn nicht weiter befördert werden. Eine Anzahl von Soldaten zog unter Drohungen nach der Wellingtonkaserne. Zahlreiche Aufrührer wurden verhaftet. (Man hüte sich davor, diesen Krawallen irgend welche Bedeutung oder Wirkung auf unsere Lage gegenüber dem Gewaltwillen der Entente beizulegen. Red.)

Portugal.

Lissabon, 9. Febr. Die republikanischen Streitkräfte setzen ihre Konzentration rund um Oporto fort. Sie werden die Stadt angreifen, falls die Aufständischen nicht vorher kapitulieren. Im ganzen Lande herrscht Ruhe.

Briefkasten.

Anfragen werden nur beantwortet, wenn die Abonnementsquittung beigefügt ist. Wird schriftliche Antwort gewünscht, auch Rückporto.

E. W. Nein, für Vermißte wird die Löhnung nicht weiter bezahlt.

R. in B.B. Die Beschwerdeinstanz in Ihrem Falle ist der Landgerichtspräsident in Karlsruhe. Wir sind jedoch der Auffassung, daß zum Beschreiten für diesen Weg kein Anlaß vorliegt. Tragen Sie am besten selbst persönlich den ganzen Sachverhalt dem Vormundschaftsrichter vor. Bei der Gewissenhaftigkeit, mit der unsere Gerichte derartige Angelegenheiten Minderjähriger führen, halten wir es für ausgeschlossen, daß nicht Ihrem Wunsche gemäß verfahren würde, falls Sie in der Tat im Recht sind. In einer offenen mündlichen Aussprache ist in diesem Fall mehr zu erreichen, als durch eine Beschwerde über den zuständigen Richter.

R. S. Ein aktiver Offizier kann natürlich auch zurückgehalten werden.

F. R. K. in W. Die Betreibung der Rechnung ist zweifellos des Krieges wegen nicht erfolgt. Eine Verjährung ist daher nicht eingetreten. Sie müssen die Rechnung bezahlen.

Kaufgesuche

Wohnhaus
mit kl. Stallung, größerem Garten oder anstoßendem Grundstück in Karlsruhe oder Vororte auf 1. Oktober beziehbar, sofort zu kaufen gesucht. Angebote mit Flächeninhalt, Lage und Preis unter Nr. 7311 ins Tagblattbüro erbeten.

Acker oder Garten zu pachten gesucht. Angeb. unter Nr. 7465 ins Tagblattbüro erbeten.

Zu kaufen gesucht: Wohnzimmer, Schlafzimmer u. Küche, aller Art Möbel.
E. Fröhlich, Uhlandstraße 12.

Gebrauchte **Schreibmaschinen** auch reparaturbedürftig, kaufen beständig Riedel & Co., Karlsruhe, Fernspr. 2979, Adlerstraße 4.

Suche
Herren-, Speise- und Schlafzimmer evtl. auch einzelne gute Stücke. Angebote unter Nr. 7416 ins Tagblattbüro erbeten.

Kaufe einzelne **gebrauchte Möbel** sowie ganze Haushaltungen. Hohe gute Preise und bitte um Angebote.
D. Gutmann, Rudolfstr. 12.
An- u. Verkaufsgeschäft für gebrauchte Möbel.

Zu kaufen gesucht eine **Medaille der Karlsruher Goldankaufstelle** in tadellosem Zustande. Angebote mit Preisangabe unter Nr. 7534 ins Tagblattbüro erbeten.

Malleinwand, auch zum Uebermal. geeign. Stücke, schwarze u. vergold. Bilderrahmen zu kauf. ges. Preisangeb. unt. Nr. 7469 ins Tagblattbüro erbeten.

Altmetalle,
wie: Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, aller Art Papierabfälle, Flaschen, Lumpen, Alteisen kauft zu höchsten Preisen
Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.,
Inh. J. Alpern & A. Weißmann
Amalienstr. 37 Telephon 3729
Auf Wunsch wird die Ware abgeholt.
Günstige Ablieferungsstelle für Händler.

Menschenhaar,
Roß-, Ochs-, Kuh- und Schweinshaar
kauft jedes Quantum
J. Lwolianski, Zähringerstraße 28, II.

Kinderschuhe neu, Größe 33 bis 34, zu kaufen gesucht. Angebote unt. Nr. 7527 ins Tagblatt.

1 Paar neue Damenstiefel, Gr. 38, zu kaufen gesucht. Ang. u. Nr. 7530 ins Tagblattbüro erbeten.

Ski.
Zu kaufen gesucht 2 Paar gut erhaltene Ski, mittlerer Größe, mit Huitfeldbindung. Angebote mit Preis unter Nr. 7528 ins Tagblattbüro erbeten.

½ **Liter Ziegenmilch** wird für 2 Monate täglich gesucht. Adresse mit Preisangabe an Freiin von Troben, Hotel Rotes Haus, Waldstr., zu richten.

Bücherankauf:
Einzelne Bücher u. ganze Bibliotheken.
Braunsche Hofbuchhdlg.
A. Troschütz,
Karlsruhe, Kaiserstr. 58
Fernsprecher 1267

Batterien
erstkl. Fabrikat, M 1.50
Grund & Oehmichen,
Waldstraße 26.

Altertümer all. Art kauft u. zahlt die höchst. Preise das An- und Verk.-Geschäft Friedrichsplatz 9. Feger. Tel. 3116.

Taschenuhren,
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft, Kronenstraße 52.

Kisten Körbe
mittelgroß bis klein, suchen zu kaufen
A. Schaeffer & Co., Waldstr. 15. Tel. 2849

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Harmonikas,
kauft fortwährend An- u. Verkaufsgeschäft
Levy
Karlsruhe, Karlstraße 22.

Flaschen, Metalle,
Lumpen, Papier, Eisen, Keller- u. Speicherkram kauft
Feuerstein,
Waldhornstraße 37.

Gebisse
werden jeden Dienstag zu höchsten Preisen angekauft: Karlstraße 37 I.

Pfannkuch & Co
Neues
Sauerkraut
Pfund 33 Pfg.
bei 5 Pfd. 32 Pfg.
bei 10 Pfd. 30 Pfg.
Eingemachte
rote Rüben
(rote Beete)
Pfund 50 Pfg
Salzgurken
Essiggurken
empfehlen
Pfannkuch & Co

Spiegel-Schränke, Buffets, Tische und Schreibtische, Vertikos, Diwane, Federbetten, Bilder gut und billig
Gebr. Karrer
Philippstraße 19.

Nach meiner Entlassung aus dem Heeresdienste habe ich meine Praxis in vollem Umfang wieder aufgenommen.
Dr. Eisenlohr Kriegstraße 53 (b. Karlstor).
Sprechstunden: 2½—4 Uhr.

Mein Unterrichtslokal befindet sich von heute ab
Sofienstraße 23
nächst dem Karlstor.
Tanzlehr-Institut Herm. Vollrath.
NB. Gefl. Anmeldungen von 11 Uhr an erb.

Alle Sorten **Gemüsesamen**
wie: Möhren, alle Kohlsamen, Kohlrüben, Rote Rüben, Spinat, Salat, Zwiebeln, Lauch u. Sellerie sowie Runkelrüben und Zuckerrüben empfiehlt zu festgesetzten Höchstpreisen
Südweststadt-Samenhandlung
Karlsruhe i. B., Karlstraße 78.
Verbraucher od. Wiederverkäufer-Preislisten umsonst und portofrei. — Tel. 2266.

Pianos
erstklassige Stuttgarter Fabrikate in allen Holzarten
empfiehlt
H. Maurer
Kaiserstraße 176, Eckhaus Hirschstraße.

Oelfarben — Lackfarben
schnelltrocknend — gebrauchsfertig für Anstriche aller Art.
Malerbedarfsartikel
vorteilhaft im Farbengeschäft, Waldstraße 15 beim Colosseum.

Städtisches Konzerthaus.
Montag, den 10. Februar 1919.
Montagsmiete Nr. 20.
Vorstellung des Bad. Landestheaters.
Mitarbeiter.
Komödie in einem Aufzug von Bruno Erler.
Die Provinzialin.
Komödie in einem Akt von Iwan Turgenjew. Deutsch von Arthur Luther.
Literatur.
Lustspiel in einem Aufzug v. Arthur Schnitzler.
Anfang 7 Uhr Ende ¾10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.
Mittwoch, 12. Februar, abends ½7 Uhr, als Benefizvorstellung für die Pensionsanstalt des Landestheaters „Die Csárdásfürstin" (nicht Liebe im Schnee).

Bachverein.
Dienstag 8 Uhr pünktlich letzte Klavierprobe vor der Hauptprobe; für die beim Konzert mitwirkenden Damen und Herren ist der Besuch dieser letzten Probe unerläßlich.

Feiner Takt und guter Ton
Im Verkehr mit Anderen
von V. von Lepel Preis M 1,40

Das ist das Buch, aus dem man lernt, wie man sich unentbehrlich macht. Der Takt ist es, der den Erfolg bedingt und Menschenherzen erobert. Wer sich Takt aneignen, Lebenserfolge erringen, geliebt, bevorzugt und gehoben werden will, der lese diese Schrift.
Aus dem Inhalt: Was versteht man unter Takt und Ton? / Praktische Ratschläge / Gesellschaftstypen / Der Erfolg im gesellschaftlichen Leben / Die Kunst der Unterhaltung / Damen und Herren im Verkehr usw.
Die Schule des Lebens / Verlagsgesellschaft m.b.H. Naumburg A 712 / Saale

Sauerkraut und eingemachte weiße Rüben

bis auf weiteres an Werktagen von 9 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags, jedoch nur faßweise in unserem Lager, Hintergebäude des Gambrinuskellers (Erbprinzenstr. 30), gegen Barzahlung erhältlich. Fässer sind mitzubringen.

Karlsruhe, den 8. Februar 1919.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Die Besitzer der bei Kriegsbeginn der Transportmittelabteilung des Roten Kreuzes in hochherziger Weise zur Verfügung gestellten

Fahrräder

werden, soweit sie ihre Räder dem Roten Kreuz noch nicht geschenkweise überlassen haben, hierdurch aufgefordert, bis zum 1. März d. Js. ihre Ansprüche auf Rücklieferung der Räder bezw auf Schadenersatz bei der Depot-Abteilung des Roten Kreuzes (Stefanienstraße 76 im Hof links) geltend zu machen.

Soweit dies bis zu dem genannten Termin nicht geschieht, wird angenommen, daß die Besitzer auf Rücklieferung der durch den mehrjährigen Gebrauch stark abgenutzten Räder, sowie auf Entschädigung verzichten.

Allen denen, die durch Ueberlassung ihrer Fahrräder an das Rote Kreuz zum schnellen und bequemen Transport Tausender von Verwundeten mitgewirkt haben, sei hierdurch nochmals wärmstens gedankt.

Die Transportmittel-Abteilung des Roten Kreuzes.

Steinbruchverpachtung.

Die Stadtgemeinde Ettlingen läßt am **Montag, den 17. Februar, vormittags 11 Uhr** im Rathaus — großer Saal — den Betrieb der städt. Steinbrüche am Hasenberg und in der Kalberklamm, Distrikt II, rechts der Alb, auf 6 Jahre öffentlich verpachten.

Die Pachtbedingungen liegen während der üblichen Geschäftsstunden im Rathaus — Ratschreiberei — zur Einsicht auf.

Ettlingen, den 7. Februar 1919.

Gemeinderat:
Raab. Müller.

Eggenstein. Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Eggenstein läßt am **Samstag, 15. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr**, auf dem Rathause daselbst die Ausübung der Jagd im Jagdbezirk II auf ein Jahr verpachtern. Der Jagdbezirk umfaßt: das obere und untere Sandfeld, den Neufeldwald und den auf dem Hochgestade gelegenen Gemarkungsteil in der Gesamtgröße von 271 Hektar.

Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, die im Besitz eines Jagd-Passes sind oder durch ein schriftliches Zeugnis der zuständigen Behörde (des Bezirksamtes) nachweisen, daß gegen die Erteilung des Jagd-Passes ein Bedenken nicht obwaltet. Der Entwurf des Jagdpaß-Vertrages liegt zur Einsichtnahme auf dem Rathaus daselbst auf.

Eggenstein, 10. Februar 1919.

Der Gemeinderat.

Verein für Jüdische Geschichte und Literatur in Karlsruhe.

Am Mittwoch, den 12. ds. Mts., abends 8 Uhr, wird im Saale des „Friedrichshofes"

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Mayer

einen Vortrag halten über:

„Die Judenheit als Volk und als Religionsgemeinschaft".

Wir laden unsere jüdischen Mitbürger dazu ein.

Tierschutzverein ✡ Karlsruhe.

Die 43. ordentliche Hauptversammlung

des Tierschutzvereins Karlsruhe findet am Mittwoch, den 12. Februar d. J., abends punkt 8 Uhr, im Nebenzimmer der „Vier Jahreszeiten", Hebelstr. 21, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins.
2. Bericht des Rechners über die Jahresrechnung.
3. Entlastung des Vereinsvorstandes und des Rechners auf Grund des Berichts der Rechnungsprüfer.
4. Wahl zweier Rechnungsprüfer.
5. Anträge und Wünsche.

Wir laden unsere Mitglieder und Freunde des Tierschutzes hierzu herzlichst ein.

Karlsruhe, den 21. Januar 1919.

Der Vorstand: Friedrich Worret.

Ignaz Ellern
Bankgeschäft
Gegründet 1881
Karlsruhe Friedrichsplatz 10
Tel. 369 u. 568
Stahlkammer

Ich beabsichtige bei genügender Beteiligung einen
Zeichen- und Malkurs
für etwas fortgeschrittene Schüler und Schülerinnen zu eröffnen. Anmeldungen Mittwoch und Samstag von 3—5 Uhr Bismarckstraße 37, Atelierhaus. **Erich Krause**

2 große Vorträge für Damen

am **Dienstag, den 11. Februar** im Saale der **„Vier Jahreszeiten"** (Hebelstraße) **nachmittags 4 und abends 7 Uhr**

Frauenrechte und Frauenpflichten

Allgemeine Körper- und Gesundheitspflege.

Frau **Vogel-Sinz** aus der Schweiz,

Spezialistin für moderne Kunst, Körperkultur und Schönheitspflege.

Preise der Plätze: Mk. 2.—, 1.50 und 1.—
Kasseneröffnung: 3½ und 6½ Uhr.

Zu vermieten

Laden
zu vermieten.
Karlstraße 25 ist ein schöner Laden, für jedes Geschäft geeignet, auf 1. April billig zu vermieten. Zu erfragen bei
Otto Lochmann.

Zimmer

Große leere Mansarde mit Kochofen im Seitenbau an nur ruhige Frau zu vermieten. Näheres Amalienstr. 9, parterre.

Miet-Gesuche

2 Zim.-Wohnung sucht junges, kinderl. Ehepaar (Beamt.), sof. od. spät. Angebote mit Preisang. unt. N. 7523 ins Tagblattb. erb.

Auf April oder später **3 Zimmerwohnung** möglichst mit Bad u. elektr. Licht von ruhigem Mieter gesucht. Angeb. unt. Nr. 7531 i. Tagblattb. erb.

Große 3 Z.-Wohnung im Zentrum der Stadt auf 1. Juli von kl. Familie zu mieten ges. Angebote unter Nr. 7486 ins Tagblattbüro erbeten.

Aelteres Ehepaar sucht schöne 3 Zimmerwohnung mit üblichem Zubehör od. 2 Zimmerwohnung mit großer Mansarde auf 1. April oder später. Angeb. unter Nr. 6947 ins Tagblattbüro erbeten.

Wohnung von 3—4 Zimmern, mit od. ohne Bad von ruhiger kl. Familie sofort oder später gesucht. Südweststadt bevorzugt. Evtl. Tausch gegen 3 Zimmerwohnung in Stuttgart. Gefl. Angeb. unter Nr. 7537 ins Tagblattbüro erbeten.

Belohnung 50 Mk.
demj., welch. jung. Ehepaar kinderl. (Beamter) **2 Zim.-Wohnung** vermittelt. Angebote m. Preisang. unt. Nr. 7524 i. Tagblattb. erb.

50 Mark
zahle ich bei Kontraktabschluß demjenigen, welcher mir eine neuzeitliche
3—4 Zimmer-
Wohnung auf 1. April oder später beziehbar nachweist. Näheres im Tagblattbüro.

Große Lagerräume
3000—4000 qm, zum Teil mit Schuppen, zu mieten gesucht. Gleisanschluß Bedingung. Angebote unter Nr. 7598 ins Tagblattbüro.

Zimmer

Student sucht heizbares Zimmer. Angebote unter Nr. 7460 ins Tagblattbüro erbeten.

Ruhiges, möbl. Zimmer für Dauer gesucht. Preisangebote mit Stockwerkangabe unter Nr. 7464 ins Tagblattbüro erbeten.

Für Familien u. Damen die sonst nicht vermieten. Ruhiger, höherer Staatsbeamter sucht gut möbl. warmes Zimmer, mögl. elektr. Licht, ev. Pension und Anschluß. Hardtwaldstadt. (alt u. neu), Kühler Krug, Südweststadt. Angebote unter Nr. 7533 ins Tagblattbüro erbeten.

Kapitalien

Geld in jeder Höhe, monatl. Ratenzahlung verleiht
H. Blume, Hamburg 8.

Offene Stellen

Sauberes Mädchen für Hausarbeit tagsüber gesucht: Amalienstr. 61 II.

Elegantes Wohn- und Schlafzimmer
in gutem Hause von besserem Herrn **gesucht.** Angebote unter Nr. 7477 ins Tagblattbüro erb

Stellvertretender Geschäftsführer
mit volkswirtschaftlicher oder bautechnischer Vorbildung und organisatorischen Fähigkeiten gesucht. Ausführliche Bewerbungsschreiben mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an den
Badischen Landeswohnungsverein Karlsruhe, Ritterstraße 22.
Persönliche Vorstellung nur nach vorheriger Vereinbarung.

Ein fleißiges Küchenmädchen für sofort gesucht bei hohem Lohn:
Kirkel 31.

Gut empfohlenes
Mädchen
für alle Hausarbeit auf 15. Febr. od. später gesucht: Kaiser-Allee 27, 3 Treppen hoch.

Besseres, junges Mädchen, vor- u. nachmittags zu einem 7jährig. Kinde gesucht. Zu erfr. Wendtstraße 9, 1 Treppe.

Ordentliches Mädchen
in kleine Familie für alle Hausarbeiten gesucht:
Karlstraße 24, 2. Stock.

Eine herrschaftliche
Köchin
zum 15. Febr. für größeren Haushalt nach Baden-Baden gesucht. Bild u. Zeugnisabschriften an Frau v. Clemm, B.-Baden, Kaiser-Wilhelmstraße 5

Frau od. Mädchen täglich vormittags 2 Stunden gesucht.
Marienstr. 1 II r.

Männlich

Branchekundige Vertreter, welche bei Möbelhandlungen, Möbelfabriken, Holzbearbeitungswerkstätten, Warenhäuser, Sattler- u. Tapezierwerkstätten, Eisenhandlungen, gut eingeführt sind, wollen ihre Adresse, zwecks Verkauf von Beschläge, unter Nr. 7418 im Tagblattbüro abgeben.

Stellen-Gesuche

Sichere Existenz für gebild. Damen.
Gründliche Ausbildung in Gesichtsmassage, Elektrisch u. andere Systeme, Manicure 2c. Ang. unter Nr. 7532 ins Tagblattbüro.

Gebildeter, zuverlässiger
Kaufmann (Bankbeamter)
sucht für seine freie Zeit Beschäftigung. Angebote an Fr. Arans, Markgrafenstraße 32 II

Empfehlungen

Mäntel und Jacketts, Kostüme werden tadellos unt. Garantie angefertigt. Johanna Weber, Hirschstraße 28, 2 Tr.

Zahlungsschwierigkeiten Konkursgefahr
werd. schnell u. sich. beseitigt **geordnete Verhältnisse** wiederhergest. Ev. finanz. Beihilfe. Gewissenhafte rechtsgültig. Erledigung b. strengster Verschwiegenh. Anfr. m. Rückp. an Postlagerkarte Nr. 84, Karlsruhe i. B.

Verloren u. Gefunden

Verloren ein Ebering, graviert A. B., Mai 1917. Gegen Belohnung abzugeben: Körnerstraße 6 III.

Füllfederhalter am Samstag, 1. Februar, vormittags gegen 8 Uhr von Bachstraße bis Haltestelle Richard-Wagnerstr. verloren. Abzug. gegen Belohnung Bachstraße 9.

Verkäufe

In Daxlanden ist ein schönes 3×3 Zimmer-
Haus
mit extra Badezimmer, Gas, elektr. Licht, Garten, Waschküche, sofort zu verkaufen. Zu erfragen im Tagblattbüro.

Sehr günstig b. Bahnhof geleg., altrenomm.
Gasthaus
mit 22 wertvoll eingerichteten Fremdenzimm. und sonstigem reichlichen Inventar, altrenomm. Touristen- und Kurfremdengasthof in württemb. Badestadt, ist unter günstigen Uebernahmebedingungen altershalber zu verkaufen. Auch als Pension geeignet. Günstigste Kapitalanlage. Angebote unt. Nr. 7537 ins Tagblattbüro erbet.

Haus
mit 6 Wohnungen u. 2 Läden (Kaiserstr.) um 48 000 M zu verkaufen. Angeb. unt. Nr. 7459 ins Tagblattbüro erbeten.

Günstige Kapitalanlage. Hübsche Bauplätze am Turmberg zu 10 M f. 1 qm. Angeb. unt. Nr. 7350 ins Tagblattb. erb.

Hero mit neuem Backofen preiswert abzugeb.: Schillerstraße 4, Hof.

Füllofen zu verkaufen:
Werderstr. 58, 5. St.

Kinderwagen, sehr gut erhalten, zu verkaufen:
Rheinstr. 55, 3. Stock.

Gebr. ledern Knabenbücherranzen zu verk. Zu erfr. Rowanksanlage 3 IV, vormittags.

Ein neuer Sakkoanzug ist zu verkaufen.
Hirschstraße 21/2.

Konfirmandenstiefel, neu, für Knaben, Gr. 35, sowie 1 Paar Langschäfter Gr. 27½, zu verkaufen: Amalienstraße 9, parterre.

Gelegenheitskauf.
Pelzjacke, Nerz, neu, billig zu verkaufen: Sedanstraße 1.

Zu verkaufen: 6 Leintücher, 1 neuer Damenrock, 4 Nachthemden, Federnbetten **Schirrmann,** Markgrafenstraße 13 part.

Zu verkaufen
1 Schemel à 2 M, 1 Spiritus-Doppelbrenner à 4 M, 2 Mastentostüme à 5 M, 1 Vogelkäfig à 4 M, 1 Paar Schlittschuhe à 2 M, 4 Photographierahmen à 1 M, 4 Spiele à 1 M, 2 Waschtischgarnituren à 3 M, 1 Tennisschläger à 5 M, 1 Blumentopf à 5 M. Zu erfr. Bismarckstr. 37 a III l.

Neuer Pelzmantel, Fee, dunkelbraun gefärbt, auf grüne Seide, gefüttert, Gr. 44—48, billig zu verkaufen: Waldhornstr. 3 a, 3. Stock.

Schwere
Wurstkessel
400—500 Liter Inhalt billig abzugeben.
Angebote unt. Nr. 7539 ins Tagblattbüro erbeten.

Telephon 1587.
Blumenkübel, Waschzüber, Kübel
in jeder Größe zu verkaufen

Biron, Küter und Küblerei, Bürgerstr. 13, Reparaturen werd. schnell besorgt.

Größere Partie
Versandtkisten
sind zu verkaufen: Kaiser-Allee 61 im Laden.

Gebrauchte, schwere, massive
Hackklötze
für Metzger und Wirte billig abzugeben.
Angebote unt. Nr. 7538 ins Tagblattbüro erbeten.

Zu verkaufen
Wolfshund
(Rüde), 2½ Jahre, wachsam u. scharf. Anzusehen Dienstag und Mittwoch, nachm. ab 5 Uhr Richard-Wagnerstr. 6, pt., Eing. Schubertstraße.

Douglasstr. 8 ung. kein Laden.
Es ist ratsam die ältesten Pelze ändern, sowie neue bei tadelloser Ausführung arbeiten zu lassen.
Douglasstr. 8 parterre, Ecke Akademiestr.

Nachruf!

Durch das heute erfolgte Ableben unseres hochverehrten Seniorchefs

Herrn

Friedrich Karrer

sind wir in tiefe Trauer versetzt worden.

Der teure Entschlafene ist uns stets ein Vorbild treuester Pflichterfüllung, strengster Rechtlichkeit und restlosen Fleißes gewesen.

Mit ihm scheidet ein edler Wohltäter der Menschheit und ein unentwegt treuer Fürsorger seines Personals aus der Welt, dem für alle Zeiten ein dankbares ehrendes Andenken in unser aller Herzen sicher ist.

Karlsruhe, den 8. Februar 1919.

Das Gesamtpersonal der Firma Möbelhaus Gebrüder Karrer.

Statt besonderer Anzeige.

Nach Gottes heiligem Willen ist unser lieber, guter, treubesorgter Gatte, Vater, Schwager und Onkel

Josef Siegl

Gr. Geh. Oberfinanzrat a. D.
Ritter hoher Orden

gestern abend ½8 Uhr im 79. Lebensjahre, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche durch einen sanften Tod in die ewige Heimat abberufen worden.

In tiefer Trauer:
Frau Therese Siegl,
geb. Joerger.
Fanny Siegl.

Baden-Lichtental, d. 9. Febr. 1919.
Hauptstraße 25.

Die Beerdigung findet auf dem Friedhof in Baden-Baden am Dienstag, den 11. Februar, nachm. 4 Uhr, der Trauergottesdienst in der Pfarrkirche in Lichtental am Mittwoch früh um 10 Uhr statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute sanft, wenige Wochen nach dem Tode seiner treuen Lebensgefährtin, unser geliebter Vater, Schwiegervater und Bruder

Dr. Meier Appel

Stadt- und Konferenz-Rabbiner

im 68. Lebensjahre.

Karlsruhe, Bingen, Wien, 8. Febr. 1919.

Im Namen
der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Dr. Julius Appel, Notar
Dr. Ernst Appel, Rabbiner
und Frau **Marta,** geb. Insel.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, statt.

Im Sinne des Verstorbenen wolle von Blumenspenden abgesehen werden.

Nachruf.

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb gestern der

Stadt- und Konferenzrabbiner

Dr. Meier Appel.

Erfüllt von tiefem religiösem Empfinden u. von der hohen Bedeutung seines verantwortungsvollen Berufs durchdrungen, hat er während nahezu 25 Jahren unserer Gemeinde als geistliches Oberhaupt vorgestanden. Unseren Mitgliedern war er allezeit ein treuer bewährter Seelsorger, den Armen und Dürftigen stets ein hilfsbereiter, tatkräftiger Berater, der Jugend ein Vorbild charakterstarken Wesens und ernster Pflichterfüllung. Wir bedauern aufs schmerzlichste den Heimgang des trefflichen Mannes.

Sein Andenken wird immerdar in unserer Gemeinde fortleben.

Karlsruhe, den 9. Februar 1919.

Der Synagogenrat.

Nur auf diesem Wege.

Trauer-Anzeige.

Nach Gottes Willen ist heute nachmittag rasch und unerwartet nach kurzem Krankenlager mein innigstgeliebter Gatte, unser treubesorgter, guter Vater, Bruder, Onkel, Schwager und Schwiegervater

Herr

Friedrich Karrer

sanft und ruhig entschlafen, im 58. Jahre seines von unermüdlicher Arbeit und liebevoller Fürsorge für die Seinen ausgefüllten Lebens.

Von tiefem Schmerz erfüllt, bringen wir hiermit lieben Verwandten, Freunden und Bekannten diese traurige Kunde zur Kenntnis, mit der Bitte um stille Teilnahme.

Karlsruhe, 8. Februar 1919.
Schumannstr. 1.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Emma Karrer, geb. Kleinhans
und Kinder.

Die Beerdigung findet am Dienstag, 11. Februar mittags 12 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.